

Antrag 7

INITIATIVANTRAG AN DIE BDKJ-DIÖZESANVERSAMMLUNG I/90

Unterstützung des Volksbegehrens "Das bessere Müllkonzept"

Antragsteller: KLJB - Diözesanvorstandschafft

Die BDKJ-Diözesanversammlung I/90 möge beschließen:

Am 27.03.1990 ist der Antrag auf ein Volksbegehren der Initiative "Das bessere Müllkonzept" vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof zugelassen worden. Damit wurde eine Entscheidung des Bayerischen Innenministeriums revidiert, das einen Antrag, gestützt auf 33.000 Unterschriften, abgelehnt hatte. Die Innenbehörde muß nun in den kommenden vier Wochen den Entwurf zur Müllbeseitigung öffentlich bekanntmachen und zugleich eine zweiwöchige Frist festlegen, in der die BewohnerInnen Bayerns durch Eintragung in Listen darüber abstimmen können. Falls mindestens 10% aller Wahlberechtigten, das sind rund 800.000 Menschen sich für den Entwurf aussprechen, sind die BürgerInnen zu einem Volksentscheid aufgerufen, mit welchem "Das bessere Müllkonzept" als Gesetz festgeschrieben werden kann. Das Konzept eröffnet die Möglichkeit auf Landesebene die notwendigen Schritte für eine vorrangige Vermeidung, Verringerung und Verwertung von Abfällen zu tun. Dabei liegt das Schwergewicht vor allem auf Vermeidung von Müll, sowie auf einen weitgehenden Verzicht von Müllverbrennungsanlagen.

Die BDKJ-Diözesanversammlung Regensburg unterstützt die Initiative "Das bessere Müllkonzept". In Anbetracht der kurzen Fristen werden so schnell als möglich folgende Maßnahmen eingeleitet und durchgeführt, deren gemeinsames Ziel es ist, möglichst viele Jugendliche in den eigenen Verbänden, aber auch die breite Öffentlichkeit zu informieren und zu einer Teilnahme am Volksbegehren zu bewegen:

- Bereitstellung und Weitergabe von Informationsmaterial an die Mitglieds- und Kreisverbände durch die BDKJ-Diözesanvorstandschafft.
- Erarbeitung von Gestaltungsmöglichkeiten für Aktionen und Informationsveranstaltungen durch die Mitglieds- und Kreisverbände. Möglichst persönliche Weitergabe von Informationen und Vorschlägen durch alle Ebenen zu den Basisgruppen. Aktionen zur Aktivierung der breiten Öffentlichkeit sollen vor allem vor Ort in den Pfarreien und Gruppen stattfinden.
- Darüberhinaus soll auf allen Ebenen massiv Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden.
- Außerdem werden BDKJ-Diözesanvorstandschafft, sowie die Mitglieds- und Kreisverbände eine finanzielle Unterstützung der Initiative überprüfen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen!